

Die China-Frage wird der am 21. September beginnenden 26. Vollversammlung aller Voraussicht nach den spannungsreichsten Höhepunkt bringen. Immerhin geht es darum, daß die Führung des mit weitem Abstand größten Volkes der Erde zukünftig in der UNO vertreten sein wird und nicht mehr wie seit 22 Jahren eine politisch konträre Miniregierung auf einer vorgelagerten und von den Vereinigten Staaten geschützten Insel. Die USA haben ihren Widerstand gegen den Einzug Pekings in die UNO aufgegeben und vertreten nun, obwohl auch sie Formosa als Teil Chinas angesehen haben, die Zwei-China-Theorie. Ob es den USA damit ernst ist oder ob sie im Falle einer Abstimmungsniederlage in der UNO nur ihr Gesicht wahren wollen, ist nicht zu durchschauen. Aber gerade das macht die Behandlung der China-Frage auf der bevorstehenden Tagung so spannend. — Der nachstehende Beitrag zeichnet im ersten Teil noch einmal die Ausgangslage auf und gibt im zweiten Teil Hinweise auf die Wandlungen, die in der UNO durch den Einzug der Volksrepublik China eintreten können. (Weitere Beiträge siehe in diesem Heft sowie in VN 4/67, 6/69, 2/71 und 3/71. Gewisse Wiederholungen, die jedoch zugleich eine unterschiedliche Beleuchtung bringen, sind angesichts der Wichtigkeit des Themas und der Absicht, den Leser ausreichend zu informieren, hingenommen worden.)

Obwohl UNO-Generalsekretär U Thant noch seine skeptische Prognose beibehält, wonach sich das bedeutende Ereignis erst im Herbst 1972 vollziehen werde, sprechen doch Anzeichen dafür, daß die Volksrepublik China schon auf der in diesen Tagen beginnenden Sitzung der UNO-Vollversammlung in die Weltorganisation einziehen wird. Die diesem Vorgang zugrundeliegenden Machtverschiebungen, vor allem im Fernen Osten, aber darüber hinaus in der ganzen Dritten Welt, sind so erheblich, ihr Einfluß auf die Weltlage so stark, daß Chinas Einzug in die UNO nicht so sehr als Weltereignis an sich denn als Ausdruck einer umfassenden Strukturwandlung im Weltkräftespiel verstanden werden kann.

Der bevorstehende Einzug der Volksrepublik China in die UNO, ob nun 1971 oder 1972, ist der wahrscheinlich wichtigste Schritt auf dem Wege zur Herstellung der ›Einen Welt‹, wie sie den Gründern der Weltorganisation vorgeschwebt hatte. In diesem Zusammenhang bedeutet Chinas Einzug, auch wenn er von schweren Kontroversen begleitet und noch schwerere im Schoße der Organisation in der Folge auslösen sollte, einen Schritt nach vorn, der auf weitere Sicht nur positive Auswirkungen haben kann.

I

Die im November 1970 stattgefundenene letzte China-Debatte in der Vollversammlung brachte die Wende. Nachdem die Abstimmung über die von den USA lancierte Vorfrage über eine erforderliche Zweidrittel-Mehrheit noch einmal 67 zu 52 ergab und diese damit für die Sachfrage verlangte, entschied sich die Vollversammlung in der Hauptfrage mit 51 zu 49 zugunsten der Volksrepublik China. Damit hatten die USA zwar noch einmal dank der Verfahrensmöglichkeiten einen Erfolg davongetragen, aber es war allen Seiten klar, daß es sich um einen Sieg von nur kurzer Dauer handelte.

Schon am Tage nach der Abstimmung ließen mehrere Regierungen verlauten, es komme für sie nicht länger infrage, mittels Verfahrensvorfragen eine Entscheidung zu sabotieren, die in der Sache nun getroffen sei. In Zukunft würden sie gegen die amerikanische Vorfrage-Resolution stimmen. Mehr noch, weitere Staaten, die bisher mit Rücksicht auf die USA und die ausstehende Entscheidung der Vollversammlung mit der Anerkennung der Volksrepublik zurückgehalten hatten, nahmen mit Peking Beziehungen auf.

Dieser Umschwung macht die bisherige amerikanische Position in der UNO unhaltbar. Sie hatte sich bisher auf die These gegründet, Rotchina sei kein echter Staat, da die Bevölkerung gegen ihren Willen von einem kleinen Klüngel politischer Machthaber tyrannisiert werde, die Pekinger Regierung sei durch keine Volksentscheidung legitimiert, zudem habe sich die Volksrepublik als Aggressor in Korea außerhalb der Gemeinschaft der friedliebenden Nationen gestellt und bedrohe die rechtmäßige Regierung Chinas mit Sitz in Formosa mit ständig neuer Aggression. Auf diese Argumentation hatte der französische Chefdelegierte Kosciuszko-Morizet geantwortet: »Unsere Organisation kann nicht, ohne sich selbst schwer zu schaden und ohne die in sie gesetzten Hoffnungen schwer zu enttäuschen, gegenüber der Volksrepublik diese juristisch falsch fundierte und politisch unrealistische Haltung beibehalten...«¹.

Die USA waren also gezwungen, eine Rückzugsposition zu formulieren. Dieser Ausweichprozeß kam nur zögernd und mit Schwierigkeiten in Gang. Starke konservative Kräfte in Washington verlangten, die USA sollten eher die UNO verlassen als den Einzug Chinas, des Erzfeindes, mitanzusehen. Diplomaten regten an, die USA sollten sich zwar zur Einräumung eines Sitzes in der Vollversammlung an China verstehen, jedoch sicherstellen, daß die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat und das damit verbundene Veto Peking vorenthalten bliebe. Nixon berief schließlich ein Komitee zum Studium der China-Frage unter Vorsitz des ehemaligen Chefdelegierten der USA in der UNO, Cabot Lodge, ein, das in seinem Bericht den breitesten Nenner der in Washingtoner Regierungskreisen verbreiteten Meinungen wiedergibt: Man werde kaum ohne schweren Schaden für die UNO-Position Amerikas die bisherige Haltung zum China-Problem weiter verteidigen können, es sei daher ratsam, sich von vornherein in der nächsten Debatte der Vollversammlung auf eine neue These zurückzuziehen. Diese müsse lauten: Beitritt Pekings bei fort-dauernder gleichzeitiger Mitgliedschaft Formosas. Die diplomatische Aktion müsse sich fortan auf die Erhaltung des Sitzes für Taipeh konzentrieren².

Diese Strategie ist nicht neu. Das State Department hatte sie bereits in der Kennedy-Ära diskutiert. Nixon hatte sie in seinen Kompromißfühlern nach Peking wieder aufgegriffen und Chinas Zustimmung zu erwirken gesucht. Die Zwei-China-Strategie räumt nur unter dem Druck der Entwicklung unhaltbar gewordene Stellungen, mehr nicht: sie ist keine echte Sanierung der internationalen Situation im Fernen Osten.

Die USA hatten bereits auf die heute eingetretenen schwierigen Tage hin vorgebaut, als sie 1969 einige formosanische Nationalisten, darunter den inoffiziellen Sprecher der Dritten-Kraft-Bewegung in Formosa (weder pro-Peking noch pro-Kuomintang, sondern für ein neutrales, unabhängiges Formosa), Prof Peng Ming-min, aus den Kuomintang-Kerkern in Taipeh befreien und nach Schweden verbringen halfen, oder es allein bewerkstelligten. Peng und seine Gesinnungsfreunde waren 1961 teils in Formosa, teils in Japan und den USA verhaftet, an Taipeh ausgeliefert und zum Tode oder langjährigen Kerkerstrafen verurteilt worden, weil sie einen unabhängigen und neutralen Nationalstaat auf Formosa verfochten, der zu jener Zeit jedoch für Washington ebenso untragbar war, weil Objekt eines objektiv nur den Kommunisten nützlichen ›Verrats‹, wie für Tschiang Kai-schek. Peng und seine Freunde wurden nun in Schweden in ein komfortables Exil versetzt, um auf gleichzeitige sanfte Einladung aus Washington ein formosanisches ›Nationalkomitee‹ im Exil zu gründen. Peng durchschaute die Absichten und kam diesen

Aufforderungen nur zu einem geringen Teil nach. In der Folge benutzten die USA die formosanischen Exilanten nach drei Seiten: Erstens gegenüber China in den Warschauer Botschafter-Verhandlungen, um die Drohung zu formulieren, wenn Peking sich nicht auf die amerikanisch-initiierte Zwei-China-Politik kontraktuell einlasse, werde Washington sich zurückziehen und den Nationalisten um Peng freie Hand lassen. Diese würden nach Tschiangs Ableben einen Nationalstaat errichten, der mit China nichts mehr gemein habe. Peking werde auf diese Weise jede Einflußmöglichkeit auf Formosa einbüßen. Peking war nicht von diesem Argument beeindruckt. Zweitens schoben die USA Peng vor, um die Sowjetunion zur Einwilligung in die Anerkennung Formosas nach Tschiangs Tod und seine zwischen Washington und Moskau abzumachende Neutralisierung mit Spitze gegen China zu überreden. Moskau winkte ab. Drittens drohen die USA mit dieser Gruppe den potentiellen Nachfolgern des Generalissimus, vor allem seinem Sohn Chiang Ching-kuo, im Falle irgendwelcher heimlicher Verhandlungen zwischen Peking und Taipeh würden die USA nicht zögern, die Kuomintang aus dem Sattel zu heben und durch »echt formosanische« Nationalisten zu ersetzen. Da Peng bisher das Mitspiel verweigert hat, ist es fraglich, inwieweit diese amerikanische Karte zieht.

Es ist jedoch möglich, daß die USA das Argument des formosanischen Nationalismus in der Vollversammlung in die Debatte werfen. Dies wäre umso beachtenswerter, als die USA 20 Jahre hindurch, von 1949 bis 1969, alles getan haben, um jede autonomistische Regung in Formosa zu ersticken. Aufstände und Bauernunruhen zwischen 1949 und 1960 wurden unter Hinterlassung von Zehntausenden von Todesopfern von der KMT, die ohne den Rückhalt der USA sich nicht hätten halten können, grausam niedergeschlagen. Damals argumentierten die verschiedenen amerikanischen Regierungen, es gebe keinen Autonomismus auf Formosa; alle Unruhen seien nichts als von Peking ferngesteuerte Kommunistenunruhen³.

Wenn die USA das Argument der formosanischen Autonomie je extensiv gebrauchen sollten, so werden sie vorsichtig sein müssen, um nicht ihre Flanken jenen Argumenten zu öffnen, die sie jahrelang gegen die Volksrepublik benutzt haben. Es ist nämlich keineswegs gesagt, daß die formosanischen Nationalisten, die heute in Drittstaaten wie Japan oder Frankreich leben, in der Unabhängigkeit der Insel unter amerikanischem Patronat ein erstrebenswertes Ziel sehen. Die formosanischen Ureinwohner, etwa eine Million Malaien, sind ohne politische Stimme oder Rechte in den Organen der Inselrepublik. 11 Millionen bodenständiger Chinesen, d. h. Abkömmlinge der Einwanderer aus Fukien und Kuangtung im 16.—19. Jahrhundert, werden in nur so begrenztem Umfang politisch zugelassen, daß z. B. im Legislativ-Yuan, dem Parlament, 83 Prozent der Bevölkerung nur durch 3 Prozent der Mandate vertreten sind. Wahlen wurden so gefälscht, daß auch die amerikanische Presse diese Anomalien hervorhob³. Die politische Macht ist allein in den Händen der knapp 2 Millionen Kuomintang-Funktionäre und -Soldaten, die 1949 nach der Befreiung des Festlandes durch Mao Tse-tung auf die Insel flüchteten. Vor jeder Entscheidung über die Frage einer formosanischen Eigenstaatlichkeit müßte also geklärt werden, was die USA darunter verstehen, ob Fortdauer der Unterdrückung und Entrechtung der bodenständigen Bevölkerung durch die KMT-Exilanten oder Autonomie aller Nicht-KMT-Formosaner, was wiederum die Frage aufwerfen würde, wohin Tschiangs Veteranen dann weichen sollten, etwa in die USA?

Auf jeden Fall dürfte eine Debatte der politischen Legitimation Taipehs ans Licht ziehen, daß Formosa gegen den Willen seiner Bevölkerung von Exilanten beherrscht wird, daß die Masse der Bevölkerung von der politischen Willensbildung ausgeschlossen ist und daß die jetzige Regierung nur

durch die USA im Sattel gehalten wird, was die Beendigung des chinesischen Bürgerkrieges verhindert hat und noch verhindert.

Als weiteres erschwerende Moment tritt hinzu, daß Formosa selbst keineswegs ein separater Inselstaat sein will, sondern sich de jure und de facto als Repräsentant einer gesamt-chinesischen Republik unter KMT-Herrschaft fühlt. So gibt es in Taipeh, säuberlich geschieden, zwei Regierungen, eine der Republik China und eine der Provinz Formosa. Taipeh hat es bisher strikt abgelehnt, als »Republik Formosa« in der UNO eine Koexistenz mit der Volksrepublik China ins Auge zu fassen, wie umgekehrt Peking auch.

Wenn Peking im Herbst das Votum der Vollversammlung davonträgt, dürfte Taipeh das Forum in Manhattan verlassen oder verlassen müssen. Von daher ist es vom amerikanischen Standpunkt verständlich, daß das State Department alles versucht, um die Debatte auf ein anderes Gleis als das bisherige und statutenrechtlich allein zulässige zu verschieben. Denn bisher und bis auf weiteres lautet die einzig zur Diskussion stehende Frage: Wer repräsentiert legitim das Gründungsmitglied China, die Volksregierung in Peking oder die KMT-Regierung in Taipeh? Es geht also nicht um Zulassung oder Ablehnung eines neuen Postulanten oder um die Anerkennung eines Staates, sondern allein um die Repräsentation eines Gründungsmitglieds der Vereinten Nationen. Oder wie es der pakistanische Chefdelegierte Sardar Rashid formulierte: »Jede Abweichung von der allein zulässigen Frage der Repräsentation ist juristisch unhaltbar, moralisch null und nichtig und politisch eine Katastrophe«⁴.

Befürworter eines Einzugs der Volksrepublik China in die UNO werden daher gut daran tun, von vornherein jede politische Debatte über Zwei-China-Lösungen abzuweisen und sich allein an die Frage nach der Vertretungslegitimation zu halten. Sie hat zur Bemessung der Stichhaltigkeit der Anträge beider Seiten einige universell anerkannte Maßstäbe: Zunächst zur Frage der Legitimität einer Regierung die Estrada-Doktrin (nach einem mexikanischen Außenminister, der sie 1930 formulierte): Hiernach ist eine Regierung de facto als legitim anzusehen, wenn sie einen Großteil ihres Territoriums und der Bevölkerung kontrolliert und nicht von der akuten Gefahr der Absetzung bedroht ist. Sind diese Voraussetzungen gegeben, so sollte sie für jeden diplomatischen Verkehr anerkannt werden, und zwar ohne Rücksicht auf ihren Weg zur Macht. Man könnte sich vorstellen, daß die USA, angesichts des eindeutigen Zutreffens der Estrada-Doktrin auf Peking, vorziehen werden, die Wilson-Doktrin von 1918 zu benutzen. Nach dieser kann nur eine verfassungsmäßig an die Macht gekommene Regierung anerkannt werden. Dies würde Peking nicht ausschließen, auf jeden Fall aber die KMT disqualifizieren. Denn die letzten unter KMT-Ägide abgehaltenen chinesischen Wahlen auf dem Festland 1948 waren notorisch gefälscht und alle Oppositionsparteien, nicht nur die KPCh, sondern auch die Sozialisten, Liberale, reformierte KMT usw. ausgeschlossen. Dasselbe gilt für alle nachfolgenden Wahlen auf Formosa. Eine dritte, vage einschlägige Doktrin, das sog. Äthiopische Prinzip, wonach eine Regierung auch dann noch legitim ist, wenn sie nur einen Zipfel ihres Territoriums beherrscht, scheidet aus, weil sie nur Fälle anvisiert, in denen ein Land von einer Fremdmacht in einem äußeren Krieg besetzt wird.

Angesichts dieser Lage orientiert sich allem Anschein nach die Taktik Washingtons auf Gesichtspunkte rein politischer Opportunität hin: man könne und dürfe nicht ein langjähriges und satzungstreues Mitglied wie Taiwan politisch fallen lassen, sondern müsse aus Gründen der politischen Billigkeit dafür sorgen, daß eine ausgewogene Lösung gefunden werde. Wenn die USA sich heute dazu bereit fänden, Peking einen Sitz in der Vollversammlung, und damit auch in den Sonder-

organisationen, einzuräumen, ja sogar, falls sich es nicht umgehen ließe, Rotchina den Sitz im Sicherheitsrat mit dem Vetorecht einnehmen zu sehen, so müsse dies kompensiert werden durch die Schaffung eines separaten Sitzes in der Vollversammlung für Taiwan.

Eine solche Lösung wäre für die UNO gefährlich, weil sie den Neubeitritt eines zusätzlichen Mitgliedes, Taiwans, ohne Antrag und ohne Empfehlung des Sicherheitsrats und damit einen klaren Satzungsbruch bedeuten würde. So sagte der pakistanische Chefdelegierte Raschid in der letzten China-Debatte: »Eine Lösung auf der Basis der Zwei-China-Theorie muß für unsere Organisation verheerende Auswirkungen haben. Nach den Regeln des Völkerrechts wie nach der Auffassung der beiden streitenden Parteien (Peking und Taipeh), ist Taiwan integrierender Bestandteil Chinas und keinesfalls ein besonderer Staat. Taiwan einen gesonderten Sitz zuzusprechen, hieße die Einheit und territoriale Integrität des Chinesischen Staates verletzen«⁵.

Washington versuchte nun im letzten Winter und in diesem Frühjahr Peking die Zwei-China-Lösung mit dem Argument schmackhaft zu machen, daß es auf diese Weise in den Genuß zweier Stimmen käme, so wie die Sowjetunion für die Ukraine und für Weißrußland zwei zusätzliche Sitze habe, und damit ein zusätzliches Gewicht in den Abstimmungen gewönne, wenn später einmal ein Ausgleich zwischen Peking und Taipeh zustandekäme. Peking winkte deutlich ab, um bei seinen Freunden keinerlei Verwirrung aufkommen zu lassen. Aber auch Taipeh erklärte wiederum, eine Zwei-China-Lösung sei für die KMT unannehmbar.

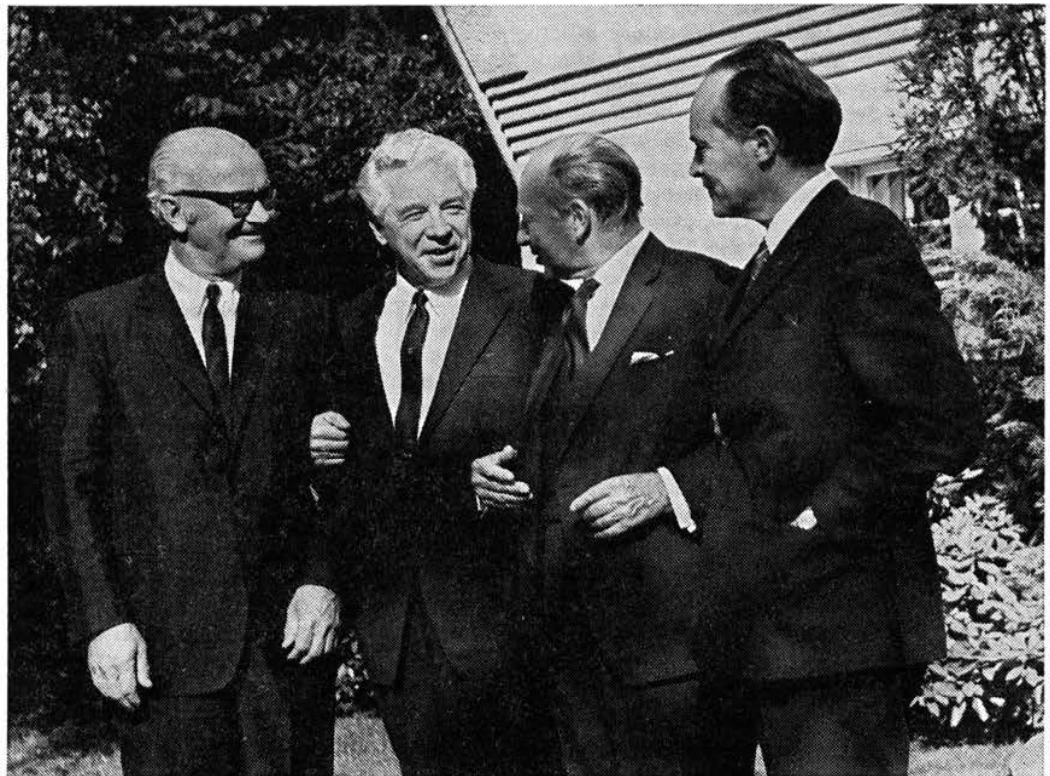
Selbst wenn es also den USA gelänge, das KMT-Regime zur Einwilligung in eine Zwei-China-Lösung zu bewegen, kann es bei der heutigen Mehrheitslage in der UNO kaum einen Zweifel geben, daß ein amerikanischer Antrag, zunächst über die Übertragung des chinesischen Sitzes an Peking und dann gesondert über die Ausstoßung Taiwans als Repräsentant der Republik China abzustimmen, scheitern wird. Es gäbe nur einen Weg: der chinesische Sitz wird an Peking übertragen, Taipeh verläßt die UNO und stellt dann als Formosa einen neuen Aufnahmeantrag. Dies käme praktisch einem Verschwin-

den Formosas von der Bildfläche der UNO gleich. China als Mitglied des Sicherheitsrats könnte sein Veto gegen diesen Antrag einlegen, ganz abgesehen davon, daß die Mehrheit wohl kaum für eine Neuaufnahme Taiwans und damit für einen tödlichen Affront Pekings stimmen würde.

Sollte es jedoch wirklich zu einem solchen geteilten Votum kommen und die Vollversammlung einerseits zwar den chinesischen Sitz an Peking übertragen, andererseits aber Formosa ohne Neuaufnahmeantrag einen Sondersitz zusprechen, so kann man mit ziemlicher Gewißheit prophezeien, daß Peking den ihm angebotenen Sitz ausschlagen und mitteilen würde, daß es zu warten gedanke, bis sich eine Mehrheit in der Vollversammlung dazu verstehe, das dem chinesischen Volk seit 22 Jahren zugefügte Unrecht wiedergutzumachen. Bei der heutigen Kräfte- und Interessenlage hat die UNO nicht nur größtes Interesse daran, dies so rasch wie möglich zu tun, sondern auch die Mehrheit der Mitglieder ist sichtlich nicht mehr gewillt, die amerikanischen Fiktionen zur chinesischen UNO-Vertretung weiter hinzunehmen. Hier arbeitet die Zeit klar für China.

Die verschiedenen taktischen Bewegungen der USA-Regierung in den letzten sechs Monaten zeigen an, daß Washington selbst am Erfolg einer solchen Zwei-China-Taktik zweifelt und wahrscheinlich nur aus verhandlungstaktischen Überlegungen vorgibt, sie zu verfolgen. Es ist daher möglich, wenn auch unwahrscheinlich, daß die USA auf der bevorstehenden Vollversammlung noch einmal versuchen werden, das Verzögerungsmittel der »Wichtigen Frage« anzuwenden. Die USA könnten dem Versuch erliegen, die prozedurale Vorfrage wenigstens auf einige Zeit hinaus am Leben zu erhalten, wonach die Zuteilung des chinesischen Sitzes als »Wichtige Frage« nur mit einer Zweidrittel-Mehrheit geändert werden kann. Eine solche Vorabentscheidung, die den Willen der Mehrheit in der materiellen Frage noch auf einige Zeit lahmlegen könnte, ist vorstellbar, wenn die USA wie bisher ihre kleinen und ohnmächtigen Klienten von Antigua über Gambia, Haiti, Malta und Salvador bis Swaziland gegen die Ansprüche des chinesischen Giganten in den Wahlgang führen. Der französische Ostasien-Spezialist Alain Bouc

Die Botschafter der Vier für Berlin verantwortlichen Mächte nach der Unterzeichnung des Berlin-Abkommens am 3. September 1971. Das Abkommen eröffnet für West-Berlin eine zeitlich nicht begrenzte krisenfreie Entwicklung. Das Vertragswerk regelt den Verkehr zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West), die Außenvertretung in ost-europäischen Staaten, die Teilnahme an den internationalen Aktivitäten des Bundes, die Besuche in Ost-Berlin und in der DDR sowie die Bindungen West-Berlins mit dem Bund. Der Vertrag ist, wie Generalsekretär U Thant ausdrückt, »ein gutes Vorzeichen für die künftigen Beziehungen zwischen Ost und West und ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur europäischen Sicherheit«. (Das Bild zeigt v. l. n. r. die Botschafter Kenneth Rush (USA), Pjotr Abrassimow (UdSSR), Sir Roger Jackling (Großbritannien) und Jean Sauvagnargues (Frankreich).



schreibt hierzu: »Wenn sich die Billigung der beiden einander widersprechenden Texte (der EntschlieÙung, die die China-Frage zur »Wichtigen Frage« macht und die Zweidrittel-Mehrheit verlangt, und darauf der Resolution, die den China-Sitz Peking zuspricht) wiederholen sollte, vielleicht sogar Jahr um Jahr, würde die UNO einen solchen Verlust ihres Ansehens und ihrer Glaubwürdigkeit erleiden, daß sie eines Tages solche Kunstgriffe der Prozedur aufgeben müÙte.« Bereits in der letzten Debatte erklärte die algerische Delegation, daß die Abstimmung über die amerikanische Vorfrage »illegal und dem Geist der Charta widersprechend sei ... Allein völkerrechtlichen und satzungsrechtlichen Wert hat die Abstimmung über die Zulassung Pekings und die Ausstoßung Taiwans«⁶.

II

Im Bewußtsein seiner wachsenden Stärke und des pro-chinesischen Trends in der Vollversammlung dürfte Peking jeden Kompromiß in der Vertretungsfrage ablehnen. Erst wenn die Frage der Mitgliedschaft Formosas im Sinne Chinas entschieden ist, ist mit einer Mitarbeit Pekings zu rechnen. Als nächster Schritt wäre zu erwarten, daß Peking den Widerruf der UNO-Resolution vom 1. Februar 1951 in aller Form verlangt, in welcher China auf amerikanisches Verlangen als Aggressor verurteilt worden war, ohne Anhörung des chinesischen Standpunkts, ohne Beisein der chinesischen Vertreter, ohne Möglichkeit für China, die vorgebrachten Anschuldigungen zu widerlegen. Diese Resolution, die auf lange Jahre das politische Klima Asiens vergiftet hat, ist ein dunkler Punkt in der Geschichte der UNO, ebenso wie die frühere Resolution, die Nordkorea ohne jede Anhörung als Aggressor verurteilte. Seit Jahren mehrt sich das Beweis- und Indizienmaterial für eine anders gelagerte Kriegsschuld in Korea, als die offizielle These sie haben will.

Im gleichen Sinne ist es undenkbar, daß Peking die Zahlungsverpflichtung für die bedeutenden Beitragsrückstände übernimmt, die Taipeh in den letzten Jahren akkumuliert hat. Es ist jedoch mit Sicherheit zu erwarten, daß Peking seinen aus der UNO-Mitgliedschaft erwachsenden Zahlungsverpflichtungen genau nachkommen wird.

Aus der Mitgliedschaft würden China umfangreiche Ansprüche auf Vertretung im Stabe der Organisation und nach vollzogener Aufnahme in die Sonderorganisationen auch in diesen erwachsen. Auf den ersten Blick könnte dies einige Schwierigkeiten bereiten, denn die chinesische Quote an hohen Posten im Sekretariat und in den Sonderkörperschaften würde sich auf 60-70 belaufen. So würde China u. a. der Posten eines Stellvertretenden Generalsekretärs zustehen. In der Tat ist dieser Posten seit Jahren von einem Chinesen aus Formosa besetzt, Dr. T. V. Hoo, Commissioner for Technical Co-operation, der weit über die Altersgrenze hinaus auf diesem Posten zurückgehalten wurde und sich auch ausdrücklich zurückhalten ließ, um dieses Ressort für China freizuhalten. Dieses Ressort, nämlich technische und wirtschaftliche Hilfeleistung, hat an Bedeutung dauernd zugenommen. Als Hoo 1949 ernannt wurde, hatten ihn die Großmächte auf diesen damals bedeutungslosen Posten abgeschoben, um auf diese Weise Formosa aus politisch empfindlicheren Geschäften herauszuhalten. Heute stehen diese Geschäfte mit im Zentrum der UNO-Arbeit. Auf den anderen Posten des höheren Dienstes in der UNO befinden sich heute zahlreiche Chinesen, die persönliche Verträge haben, die in den meisten Fällen nur sehr schwer aufgelöst werden können, auch wenn Formosa die UNO und die Sonderorganisationen verlassen müÙte.

Auf die sachliche Arbeit dürfte das Erscheinen Chinas bald weitreichende und fühlbare Auswirkungen haben. So dürfte z. B. sein Einzug in den Sicherheitsrat zum ersten Mal eine echte Debatte des Indochina- und des Korea-Problems ermöglichen. Chinas Anwesenheit würde gestatten, auch die Gegner

der amerikanischen Asienpolitik international wirksam zu Gehör kommen zu lassen und dem Chor der Meinungen eine bessere Ausgewogenheit nach allen Seiten des politischen Spektrums hin zu geben. Darüber hinaus gilt es als ziemlich sicher, daß China die Phalanx der noch mit dem Kolonialismus ringenden Mitglieder und Mitgliedschaftsaspiranten neu formieren und anführen wird, die, von der allzu kompromißbereiten Taktik der Sowjetunion unbefriedigt, nach einem neuen Sammelpunkt ausschauen. Dies dürfte der UNO-Arbeit an den Problemen der Befreiung heute noch kolonial unterworfenen Gebiete, der UNO-Mandate, der überseeischen Militärbasen usw. neuen Antrieb geben.

Zum ersten Mal würde auch die Einbeziehung Chinas in die weltweiten Abrüstungsbemühungen in den Bereich der konkreten Möglichkeiten rücken. Von allen Atommächten hat bisher allein China einseitig und bedingungslos 1964 die Verpflichtung auf sich genommen, erstens nie als erste Atomwaffen zu verwenden, zweitens nie Atomwaffen gegen nicht-atomare Mächte zu verwenden und drittens sofort jeder internationalen Konvention beizutreten, die Atomwaffen in ihrer Gesamtheit ächtet und ihre Vernichtung vorschreibt. Erst 1967 bequeme sich die Sowjetunion dazu, sich diesem Programm bedingt anzuschließen. Die Westmächte haben es bisher ignoriert. Man darf also von China bedeutende und positive Anstöße für die Arbeit für den Weltfrieden erhoffen.

Es wäre jedoch verfehlt, von Chinas kommendem Einzug in die UNO nur politische und für das globale Gleichgewicht der Kräfte unmittelbar relevante Resultate zu erwarten. Eine auf längere Sicht wahrscheinlich tieferdringende Wirkung dürften Chinas zivilisatorische Beiträge haben, und zwar auf vielen Gebieten, die heute dank der Arbeit der Sonderorganisationen immer mehr Bedeutung für die Völkergemeinschaft erlangen. Auf manchen Sektoren hat China bereits die Orientierung der internationalen Zusammenarbeit und Entwicklungsbemühungen nachhaltig beeinflußt, ohne daß diese Einflüsse bisher – aus naheliegenden politischen Gründen – beim Namen genannt worden wären.

Dies gilt vor allem für den sozio-ökonomischen Entwicklungssektor. In bewußter und völliger Abkehr von kapitalistischen Vorbildern hat China ein eigenes Entwicklungsmodell entwickelt, dem heute, da das Versagen des kapitalistischen Entwicklungsrezepts in der Dritten Welt offenkundig geworden ist, außerordentliche Bedeutung zukommt. Insbesondere hat China als erste Nationalwirtschaft die immensen Potenzen, die der Arbeitskraft der großen un- oder unterbeschäftigten ländlichen Massen innewohnen, erkannt und systematisch eingesetzt. Lange bevor Nurkse 1952 dem Westen das Konzept von inhärenten Spar- und Investitionspotential der arbeitsfähigen Bevölkerung vortrug, hatte die chinesische Führung 1937 zum ersten Mal im Nanniwan-Projekt den Großeinsatz von Arbeitskräften zur Ersetzung fehlender Kapital-Inputs erfolgreich demonstriert. Nach der Befreiung 1949 waren arbeitsintensive Großvorhaben ein Eckstein des Neuaufbaus geworden, mit solchem Erfolg, daß heute viele Entwicklungsländer dieses Prinzip übernehmen, ebenso wie das Welt-ernährungsprogramm der UNO und der FAO. Auf dem Gebiet der ökologischen Konservierung und Rehabilitierung hat China Beispielhaftes geleistet. Man denke an die großen Aufforstungsarbeiten, in denen jährlich bis zu 17 Mill. Hektar Ödland neu bewaldet werden. Weiter fallen hierunter die gewaltigen Wasserregulierungs- und Speicherarbeiten wie am Oberlauf des Gelben Flusses oder im Huai-Hai-Becken, die Rückgewinnung von salinem und Erosionsland, die China seit 1949 etwa 25 Mill. ha neues Agrarland geschenkt hat, die Erosionskontrolle in den furchtbar von Entwaldung und Wasser-Katastrophen verwüsteten Hügelgebieten von Schantung, Schansi und Schensi, die Bewässerung und Urbarmachung gewaltiger Wüstenstrecken in Sinkiang, die Terrassierung der Löß- und Bergprovinzen in Nordchina und schließ-

lich Bewässerungsarbeiten, die heute fast drei Viertel der chinesischen Agrarnutzfläche von den Schwankungen des Regens unabhängig machen. All dies, dazu noch gänzlich aus eigener Kraft erreicht, liefert heute den Entwicklungsländern eindrucksvolle Vorbilder.

Weiter gehört hierher die imposante chinesische Industrialisierung aus eigener Kraft. Während 1952, zu Beginn des ersten Fünfjahresplans der Beitrag der chinesischen Industrie zum Bruttosozialprodukt nur 11 v. H. ausmachte, war er 1970 auf 75 v. H. angestiegen, und dies ohne Geldgeschenke des Auslands und ohne Kredithilfe, die bereits im Januar 1965 restlos zurückgezahlt war. Diese Leistung dürfte die UNIDO, die Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung, beschäftigen. China demonstrierte weiter, wie sich eine Industrie aus kleinsten Anfängen erhebt: mittels der Einschaltung intermediärer und bodenständiger Technologie, der Mobilisierung der Erfindungskraft formal ungebildeter Arbeitermassen und vor allem mittels eines Selbstfinanzierungssystems, das auf nationaler Ebene nicht nur jede Inflation vermieden hat, sondern trotz aller Expansion einen Rückgang des gesamten Preis-Index um mehr als 12 v. H. über die letzten 19 Jahre vollbrachte – eine einzigartige volkswirtschaftliche Leistung⁷.

Für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind vor allem interessant die chinesischen Maßnahmen zur Kontrolle des Bevölkerungswachstums, die in weniger als 20 Jahren die demographische Wachstumsrate von 2,6 v. H. auf 1,2 v. H. reduziert haben und somit von entscheidendem Beispielswert für Länder wie Indien, Pakistan, ganz Lateinamerika sein können. Heute, 15 Jahre später, erkennt die westliche Welt auch die Bedeutung der Heranbildung großer Zahlen von Gesundheitsarbeitern mit einem Niveau unterhalb dem des vollausbildeten Arztes für die Gesundheitsfürsorge in Entwicklungsländern, so wie es China mit seiner Armee von ›barfüßigen Dorfdoktoren‹ seit langem vorexerziert. Die chinesischen Gesundheitsstationen auf den Dörfern der Volksgemeinden sind vorbildlich für das ländliche Sanitätssystem in kapitalarmen Gesellschaften. Auf wissenschaftlichem Gebiet hat sich China mit seiner Glieder-Chirurgie und der ersten Synthese des Insulins hervorgetan, während die westliche Medizin heute in der Akupunktur noch widerstrebend ein ganz neues, bisher unbekanntes Forschungsfeld entdeckt.

Für die FAO sollten Chinas Beiträge zur Wissenschaft von den hochtragenden Saat-Varianten (HYV) unschätzbar sein. Bekanntlich hatte China schon 1950 mit der Entwicklung solcher Hybriden begonnen, und der erste ›Große Sprung vorwärts‹ war u. a. der Versuch, sie erstmals auf Massengrundlage in die Landwirtschaft einzuführen. Den package approach der heute propagierten Grünen Revolution haben die Chinesen bereits 1958 mit ihrer ›Acht-Wörter-Charta‹ vorweggenommen. Weiter wichtig sind die chinesischen Erfolge auf dem Gebiet der ländlichen Industrialisierung ohne Inanspruchnahme zentraler Investitionsmittel, durch die freiwerdende agrarische Arbeitskräfte ohne Standortwechsel kontinuierlich und ohne Bruch in ihrer Beschäftigungslage in den Industrieerzeugnissen eingeführt werden. Damit gelang es China auch, den für Entwicklungsländer so charakteristischen und verheerenden Sog der floating migration nicht nur zum Stillstand zu bringen, sondern in eine Abwanderung von den Städten aufs Land umzukehren, ein Erfolg, der besonders die ILO interessieren dürfte.

Die UNESCO beschäftigt sich heute intensiv mit den Problemen der Massen-Alphabetisierung, der funktionellen Ausbildung der Landbevölkerung, des Überhangs an Hochschul-Absolventen, für die eine traditionelle Wirtschaft keine Arbeitsplätze bieten kann, und mit ähnlichen Entwicklungsfragen. China hat auf diesen Gebieten schon große Erfolge erzielt und ist dem Westen in manchem um 10–15 Jahre voraus; während der Westen sich heute erst über diese Fragen beugt,

Europa und die Dollarkrise

Die von den Vereinigten Staaten kürzlich ergriffenen einschneidenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen (u. a. Importsondersteuer, Suspendierung der Goldeinlöschungspflicht) haben einen heilsamen Schock ausgelöst: Mit ihnen ist die internationale Währungssituation jäh verändert worden und damit ein Zwang zur Einleitung durchgreifender Wandlungen des seit Jahren schon reformbedürftigen Weltwährungssystems gegeben.

Die Mängel der internationalen Währungsordnung haben ihren Grund in der krisenhaften Situation der westlichen Leitwährung: des US-Dollars. Seit mehr als zehn Jahren schon ist der Dollar eine überbewertete Währung. Hieraus ergaben sich viele monetäre Fehlentwicklungen. Sie fanden in der Häufung von Währungskrisen ihren sichtbarsten Ausdruck. Aber erst jetzt gestehen die Amerikaner die Schwächen ihrer Währung ein. Damit ist die Chance für eine Neuordnung des Weltwährungssystems prinzipiell gegeben; die Situation für eine grundlegende Veränderung der inzwischen 27 Jahre alten Weltwährungsordnung von Bretton Woods war noch nie so günstig, allerdings auch noch nie so notwendig. Mit der Freigabe der Wechselkurse der wichtigsten Währungen ist die faktische Neuordnung des Weltwährungssystems bereits eingeleitet. Diese vergrößerte Flexibilität in der internationalen Wechselkursbildung bietet eine entscheidende Voraussetzung für eine realistische und dauerhafte Neubewertung der Währungsparitäten. Damit aber könnte ein Abbau der neuerdings errichteten Handelshemmnisse einhergehen, ein Schritt, der im Interesse eines ungestörten Welthandels möglichst bald vollzogen werden müßte.

Dennoch sind einer baldigen und tiefgreifenden Reform der Weltwährungsordnung sehr hohe Barrieren gesetzt. Wenn man den neuerlichen Meldungen glauben darf, fehlt es den Amerikanern an einem ernstesten Reformwillen schon deshalb, weil sie nicht zu einer Abwertung des Dollars bereit sind. Sie sind vielmehr bestrebt, eine Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanzsituation auf dem Wege der eingeleiteten Importbelastungen herbeizuführen und dadurch die äußere Stabilität des Dollars wieder herzustellen. Auf diese Weise würde eine formelle Abwertung des Dollars durch Anhebung des Goldpreises umgangen werden. Vieles spricht dafür, daß die Amerikaner versuchen werden, die übrigen Länder zu einer Aufwertung ihrer Währungen zu bewegen. Das würde jedoch vor allem eine Hilfestellung bei der Verteidigung der bestehenden Dollar-Parität bedeuten.

Diese Problematik wird auf der Ende September stattfindenden Weltwährungskonferenz des Internationalen Währungsfonds eine zentrale Rolle spielen. Hier wird der politisch-ökonomische Rahmen für Reformschritte abgesteckt werden. Es ist deshalb notwendig, daß die europäischen Staaten, insbesondere die EWG-Länder, den USA mit einer einheitlichen währungspolitischen Linie gegenüberreten. Das wäre das wirksamste Mittel, den Handlungsspielraum der USA einzugrenzen und die längst fällige Abwertung des US-Dollars durchzusetzen.

Hinsichtlich der Gemeinsamkeit der EWG-Länder in der Währungspolitik ist Optimismus aber keineswegs angebracht. Eine Einigung der EWG-Länder ist nicht in Sicht; zwischen Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland bestehen nach wie vor erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Bis jetzt haben sich die unterschiedlichen Standpunkte kaum angenähert. Es muß daher befürchtet werden, daß die umfassende Neuordnung der Paritäten als dem grundlegenden Schritt zur Reform des Weltwährungssystems zu Gunsten der USA und seiner Währung und zu Lasten der wirtschaftlich starken Länder der westlichen Welt vorgenommen wird.

Die persönliche Meinung

haben die Chinesen schon in den 50er Jahren die ersten Antworten auf Massenskala erprobt. Ergebnisse waren u. a. der ungeheure Ausbau der Erwachsenenbildung, das ländliche Schulsystem, die Erziehungsreform, die es jedem Chinesen ermöglicht, bis in seine Vierziger- und Fünfzigerjahre seine Ausbildung fortzusetzen, indem er Arbeit mit immer neuen Studienphasen abwechselt; und die Bildungsreform in der Kulturrevolution, die u. a. Akademiker vom ausschließlich theoretischen sozio-ökonomischen Bildungsstudium ablenkt auf ein System, in dem praktische Arbeit mit Studium verbunden wird. Die Latinisierung der chinesischen Schriftsprache ist ein imposanter Beitrag zur Weltliteratur, dank dessen die fernöstliche Geisteswelt der abendländischen näherkommen kann.

China dürfte binnen kurzem in beinahe allen Sparten, in denen die UNO-Sonderorganisationen heute Entwicklungshilfe betreiben, eine große Anzahl hervorragend qualifizierter Experten – eine international notorisch knappe Ware – stellen können, die über ungemein originelle Erfahrungen im Aufbau der größten Entwicklungsnation der Welt verfügen.

Kurz gesagt, es darf als sicher gelten, daß Chinas Beiträge der Weltorganisation dazu verhelfen werden, ihr Gesicht zu wandeln wie nie zuvor. Sie wird nicht mehr dieselbe sein wie jene, die 22 Jahre ohne China auskommen mußte. Ein frischer Wind wird durch allzu sehr nach europo- und amerikanomorphem Leitbildern ausgerichteten Organe wehen. Von einem Apparat zur Erhaltung des Status Quo dürfte die UNO langsam in ihre viel eigentlichere Rolle hineinwachsen – der eines Organismus zur Förderung der friedlichen Veränderung der Welt als Alternative zu kriegerischen Umschwüngen.

Auf politischer Ebene sollte dies u. a. den Abbau des amerikanischen Einkreisungsringes um die asiatischen sozialistischen Staaten nach sich ziehen, die Lösung des Vietnam- und des

Korea-Problems und die Wiedervereinigung dieser beiden Länder, den Frieden in Indochina unter Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und Auftrieb für die restlichen Dekolonisierungsbestrebungen in der Dritten Welt.

Was den Einfluß der UNO auf dieses gewaltige, rätselhafte Land China betrifft, so darf man zuversichtlich sein. Eine gewisse Kontinuität ist formell vorhanden, seit auf der Charta von San Franzisko vom Gründungstage an die Unterschrift Deng Bi-wus steht, damals eines der drei Hauptdelegierten der Koalitionsregierung von Tschungking, später eines der Vizepräsidenten der Volksrepublik (gestorben 1969). Unter der Hand hat es fast immer Kontakte gegeben, die z. B. das Amt des Hochkommissars für das Flüchtlingswesen auch während der Jahre stärksten amerikanischen Drucks heimlich über Hongkong und Macao aufrechterhielt.

Was Formosa angeht, so ist dies eine rein innerchinesische Sache und sollte der politischen Weisheit der Pekinger Regierung überlassen bleiben. Peking hat durch seine Nationalitätenpolitik in der Inneren Mongolei, in Sinkiang, in Tibet, im Hui-Gebiet von Ningshia, in Kuangtung und Yünnan bewiesen, daß es fähig ist, modern und vorwärtsblickend zu agieren. Eine Provinzialautonomie für Taiwan nach dem Muster der schon bestehenden fünf Autonomen Regionen ist keineswegs ausgeschlossen, aber dies kann nur unter Chinesen abgemacht werden, nicht durch internationale Verhandlungen mit den USA oder in der UNO.

Anmerkungen:

1 UN-Doc. A/PV. 1907 vom 17. November 1970.

2 International Herald Tribune vom 6. Mai 1971.

3 New York Times vom 16. September 1961.

4 UN-Doc. A/PV. 1902 vom 12. November 1970.

5 Siehe Anm. 4, aaO.

6 Siehe Anm. 4, aaO.

7 C. Ullerich, How big is China's GNP?, in: Eastern Horizon, Hong Kong, Heft 7/71.

Das China-Problem und die Unabhängigkeit Taiwans

DR. C. L. YU

I

Es besteht kein Zweifel daran, daß es seit der Ch'in-Dynastie (221–207 v. Chr.) nur ein China in der Welt gibt. Da der Bürgerkrieg zwischen der chinesischen Kommunistischen Partei (KPCh) und der nationalchinesischen Partei (KMT), der eine rein chinesische Angelegenheit ist, durch die amerikanische Intervention – Entsendung der Siebten Flotte nach Taiwan gleich nach dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 – zum Stillstand gebracht worden ist, ergibt sich aus dieser Situation die de facto-Existenz von zwei China: Die Volksrepublik China (VRC) auf dem Festland und Nationalchina (NC) auf der Insel Taiwan.

Diese zwar die jetzige Realität repräsentierende, aber energisch von beiden China abgelehnte ›Zwei-China-These‹ und der seit 20 Jahren unbeendete Bürgerkrieg haben aus folgenden zwei Gründen die Wahrung des Friedens durch die Vereinten Nationen (UN) erheblich erschwert:

1. Wegen des sogenannten ›Taiwan-Problems‹ ist eine entscheidende Verbesserung der außenpolitischen Beziehungen zwischen den beiden Atommächten, d. h. zwischen der Volksrepublik China und den USA, trotz der neueren Pingpong-Diplomatie und der beabsichtigten Reise Nixons nach Peking, kaum möglich; das über 10 Jahre lang andauernde, ergebnislose Gespräch zwischen Washington und Peking auf Botschaferebene in Warschau ist ein Beweis dafür. Dadurch ist der Friede in Fernost und auch in Südostasien in Frage gestellt worden.
2. Durch die hartnäckige Untertützung der USA behielt Nationalchina (12 Mill. Einwohner) in der UNO immer noch

seinen Sitz für ganz China, und zwar sowohl in der Vollversammlung als auch im Sicherheitsrat, bei, so daß die Volksrepublik China (700 Mill. Einwohner), die damit rund ein Viertel der gesamten Weltbevölkerung vertritt, 20 Jahre nach ihrer Gründung noch immer außerhalb dieser internationalen Organisation steht. Der Weltfrieden war auch aus diesem Grunde seit dem Ende des zweiten Weltkrieges stets gefährdet.

Um einen bequemen Ausweg für diese erstarrte Konstellation zu finden, versuchten viele amerikanische Chinaexperten und Politiker – ohne Rücksicht auf die chinesische historische Entwicklung – den aus dem unbeendeten Bürgerkrieg resultierenden Zwei-China-Status zu fixieren bzw. das Land China endgültig zu teilen. Als idealer Ausweg hierfür erschien die sog. ›Ein China–ein Taiwan‹-Formel, d. h. Taiwan sollte ein separater und souveräner Staat, unabhängig von China, werden, während die Volksrepublik dann das alleinige China darstellen würde.

Dadurch würde – so hofften zumindest die Amerikaner – der Bürgerkriegszustand beendet und das Taiwan-Problem zwischen der VRC und den USA beseitigt werden. Auch für die UNO würde es, theoretisch gesehen, unproblematisch sein, der Volksrepublik China den von Nationalchina innegehaltenen Sitz Chinas zu übergeben und die ›Republik Taiwan‹ als neues Mitglied aufzunehmen.

Dieser von den Amerikanern ausgedachte und auch von den Japanern begrüßte Ausweg ist in Wirklichkeit nichts als eine Illusion. Die Begründung dafür ist einfach: Solange die Volksrepublik China das Ziel nicht aufgibt, Taiwan als letzte chine-